

Wenn der Bürgerprotest regiert – Krise der Politik

Globalisierung, Europas Integration, Demos: Die Regierenden in neuen Zwängen. Ein Gastbeitrag zur Politikwissenschaftler-Tagung in Duisburg

Karl-Rudolf Korte

Essen. Politische Führung ist schwieriger geworden. Die Regierung hat vielfältige und mächtige Kooperationspartner mit einzubeziehen, die mitentscheiden. Aus der Hierarchie wurde das Netzwerk, die Koordination, die weiche Steuerung. „Governance“ lautet dafür das Modewort in der Politikwissenschaft. Die Kanzlerdemokratie wandelte sich zur Verhandlungsdemokratie.

Wer führt heute somit politisch wen? Was bedeutet das für die Kunst des Regierens? Mit welchen Institutionen und welchem Personal können effektiv und wertorientiert

politische Problemlösungen betrieben werden?

Die Duisburger Politikwissenschaftlerin Susanne Pickel hat zur Beantwortung dieser Fragen rund 100 Sozialwissenschaftler vom heutigen Montag bis Mittwoch auf den Universitäts-Campus zum Kongress in Duisburg eingeladen.

Zweifellos ist politische Führung in den letzten Jahrzehnten verflochtener, anspruchsvoller, kommunikationsabhängiger, zeitaufwendiger, unkalkulierbarer, komplexer geworden. Mit Chefsachen-Gebaren ziehen die Spitzenakteure medienwirksam häufig zentrale Aufgabenbereiche an sich. Doch faktisch

bleibt dies im Bereich der Darstellungspolitik, der oft keine Entscheidungspolitik folgt, weil Macht und Mehrheiten zur Durchsetzung fehlen.

Wut und Populismus

Seit geraumer Zeit deutet sich zudem eine neue Qualität des „Governance“ an. Der Politik fehlt es in der Wahrnehmung der Bürger sowohl an der Kompetenz als auch an der Legitimation zur Problemlösung. Spätestens die Finanzkrise hat spektakulär deutlich gemacht, wie lernfähig heute Politiker sein müssen, um kompetent auch Probleme anzugehen, die sich ganz



Politikwissenschaftler Karl-Rudolf Korte. Foto: Graben

offensichtlich der nationalstaatlichen und europäischen Zuständigkeit vollkommen entziehen. Die Legitimation von politischen Entscheidungen wird angezweifelt, wenn sich massiver Bürgerprotest wie bei „Stuttgart 21“ regt. Denn der Gesetzgeber hatte

zusammen mit allen Betroffenen über viele Jahre die Umgestaltung des Bahnhofs entscheidungsreif gemacht.

Jetzt zeigt sich im Protest die Krise der politischen Repräsentation. Ebenso agierten die Hamburger Bürger, als sie sich im Schulstreit gegen das Allparteien-Gesetz mit einem Bürgervotum auflehnten. Es entstehen ganz offensichtlich neue Empörungsorte im vopolitischen Terrain für bürgerlichen Protest. Die Gesprächsstörung zwischen der politischen Elite und den Wählern hat viele Ursachen. Die Substanzverluste der Demokratie sind nicht zu übersehen – wie überall in Europa. Wutpolitik

erweitert den Resonanzraum für Populisten. Wie kann die Zukunft des Regierens aussehen, wenn die Bürger nicht mehr an das Wirkungsversprechen der Politik glauben?

Schuld an der möglichen Unregierbarkeit haben immer beide Seiten. Kundenbürger mit befristetem Engagement überfordern als Betroffenheits-Partizipierer langfristige Politikgestaltung. Und Politiker vergrößern das Unbehagen, wenn sie weder begründen noch erklären, warum eine Entscheidung fällt.

Prof. Karl-Rudolf Korte ist Direktor der „NRW School of Governance“ an der Universität Duisburg-Essen